

## Berater für Kriegsbeschädigte.

Gestern vereinten sich im Berliner Gewerkschaftshaus Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-Verbände aller Richtungen, um sich mit der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg eingehend zu befassen.

Reichstagsabgeordneter Wels besprach die Notwendigkeit, zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten in erster Linie die in der Praxis stehenden Arbeiter und Angestellten mit hinzuzuziehen. Die Berufskollegen sind am besten in der Lage, den Kriegsbeschädigten sachverständigen Rat zu erteilen. Die heute für die Berufsberatung noch bestehenden Schwierigkeiten sind vielfach in dem Umstände zu suchen, daß die kriegsverletzten Arbeitnehmer den beratenden Personen nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen. Die Sorge, daß die Uebernahme einer neuen Berufstätigkeit eine Kürzung der Militärrente nach sich ziehe und ähnliche Bedenken werden immer wieder geltend gemacht. Alle diese Schwierigkeiten sind — das wird auch von maßgebenden Lazarettärzten bestätigt — nur zu überwinden, wenn den Kriegsbeschädigten Arbeitern und Angestellten Vertrauensmänner aus den Kreisen der Arbeitnehmer als Berufsberater zur Seite stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus hatten die freien, christlichen, Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Verbände der Privatangestellten schon vor mehreren Wochen eine gemeinsame Vorschlagsliste von Vertrauensmännern und Berufsberatern für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg eingereicht. Ueber diese Vorschläge, die etwa 1000 Personen aus den Berufsverbänden aller Richtungen umfaßten, haben dann eingehende Verhandlungen mit dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Winterfeldt, stattgefunden, der die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens der Behörden mit den Berufsverbänden anerkannte. Vom Landesdirektor ist dann an sämtliche Landräte und Bürgermeister der Provinz die Anregung ergangen, die von den Verbänden vorgeschlagenen Vertrauensmänner zur Fürsorgetätigkeit innerhalb der Stadt- und Landkreise und zu den örtlichen Fürsorgekommissionen hinzuzuziehen. Leider sind aber nur einige Stadtkreise und nur eine verschwindend kleine Zahl vom Landkreisen dieser Anregung gefolgt, während man im größten Teil der Provinz Brandenburg die vorgeschlagenen Vertrauensmänner und Berufsberater der Arbeitnehmerverbände von jeder Mitwirkung in der Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgeschaltet hat. Diese Tatsache ist umso bedauerlicher, als die Provinz Brandenburg in dem neubegründeten „Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge“ eine führende Stellung einnimmt.

Die weiteren Redner, Neustedt, Verband der deutschen Gewerksvereine, Aufhäuser, Bund der technisch-industriellen Beamten, Kroll, Deutscher Werkmeisterverband, wandten sich sehr lebhaft gegen die Haltung der Stadt- und Landkreisbehörden. Die in den letzten Monaten so oft wiederholte Anerkennung für die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften sei nicht in Einklang damit zu bringen, daß nun die Berufsverbände von jeder Mitwirkung ausgeschaltet werden, wenn es sich um die Berufswahl und damit um das künftige Schicksal der kriegsverletzten Arbeiter und Angestellten handelt.

Die Konferenz entschloß sich in voller Einmütigkeit zu einem öffentlichen Appell an die zuständigen Stellen. Sollte auch in nächster Zeit den als Berufsberatern vorgeschlagenen Arbeitern und Angestellten die Bestätigung versagt bleiben, so soll über die dann zu unternehmenden Schritte eine erneute Beschlusfassung erfolgen. Im Interesse der Kriegsbeschädigten liegt es aber unbedingt, rechtzeitig eine Verständigung herbei zuführen.